

## Revolution, Tradition und Frau Meier aus Leipzig

Jochen Stadt

"Wäre das alte System nicht völlig zermürbt gewesen, hätte der Zusammenbruch kaum ein so überraschend schneller und vollständiger sein können", schrieb noch nicht einmal zwei Jahre nach der erfolgreichen demokratischen Revolution ein inzwischen weithin vergessener Sozialdemokrat. "Eine großzügige Demokratisierung" habe bereits "Ende Oktober als unaufhaltsam angesehen werden" können, "sie wäre auch ohne Revolution gekommen". Diese Überlegungen stammen nicht von Ibrahim Böhme. Es sind Erinnerungen, die unter dem Titel "Von Kiel bis Kapp, Zur Geschichte der deutschen Revolution" im Frühjahr 1920 erschienen sind, verfaßt von Gustav Noske.<sup>1</sup> Es lohnt sich, wenn heute umstritten ist, ob Ostdeutschland 1989 eine friedliche Revolution erlebt hat, auf den November 1918 zu reflektieren und über Parallelen und Unterschiede der beiden Ereignisse in ihrer zeitgenössischen und späteren Rezeption nachzudenken.

Der prominente SPD-Reichstagsabgeordnete Gustav Noske erlebte den Beginn der Novemberrevolution im Brennpunkt ihres Ausbruchs. Am 4. November 1918 fuhr Noske im Auftrag seines Parteivorstandes nach Kiel. Die Stadt war binnen 48 Stunden in die Hände aufständischer Matrosen gefallen. Zu ersten Meutereien auf einigen Linienschiffen und Schlachtkreuzern der Reichskriegsflotte war es Ende Oktober gekommen, als sich unter den Matrosen die Nachricht verbreitete, die Seekriegsführung plane das Auslaufen der Kriegsschiffe zur finalen Todesschlacht gegen die britische Flotte. Bereits vor der

Ankunft Gustav Noskes in Kiel gab der Kieler Festungskommandant Admiral Souchon seinen noch loyalen Einheiten den Befehl, eine Konfrontation mit den aufständischen Matrosen und jegliches Blutvergießen zu vermeiden. Am 5. und 6. November sprang der Funke auf die gesamte Seekriegsflotte über, der Matrosenaufstand erfaßte Hamburg, Lübeck, Cuxhaven, Schwerin, Wismar, Warnemünde und Rostock und erreichte auch die Armeekorps in Hannover, Magdeburg, Münster, Frankfurt und an anderen Orten.<sup>2</sup>

Als Gustav Noske am 4. November in Kiel eintraf, hatte er die Absicht, dort "auf das rascheste wieder Ordnung" zu schaffen. In der Halle des Kieler Bahnhofs brachen bei seiner Ankunft hunderte von bewaffneten Matrosen in Jubel aus. Schon am nächsten Tag wurde Gustav Noske, der nie gedient hatte, zum Vorsitzenden des Kieler Soldatenrates gewählt und am 7. November ernannte ihn die Versammlung der Kieler Soldatenräte einstimmig zum Gouverneur. Gustav Noske übernahm von Admiral Souchon das Kommando und sorgte mit dafür, daß es in Kiel, wo zu diesem Zeitpunkt 25.000 revolutionäre Matrosen unter Waffen standen, zu keinem nennenswerten Blutvergießen kam.

In weniger als drei Tagen hatte sich der Kollaps der Militärgewalt im westlichen Ostsee- und im Nordseebereich vollzogen. "Wie von Lähmung befallen", schrieb der Militärhistoriker Ernst-Heinrich Schmidt, verloren die Offiziere Initiative und Führungskraft als "die ihnen selbstverständlichen Herrschaftsverhältnisse im Obrigkeitsstaat zusammenbrachen". Sie waren weder in der Lage "ihre eigene Position zu verteidigen" noch in Erfüllung ihres "Fahnenreides die kämpferische Bereitschaft

<sup>1</sup> Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 7 u. 12.

<sup>2</sup> Vgl. Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918, Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 43 ff.

aufzubringen, in kompromißloser Überzeugungstreue unter bedingungslosem Einsatz der eigenen Person für die Erhaltung oder Wiedereinsetzung des überkommenen Systems einzutreten." Dem Großteil der Offiziere, die auf ihrem Posten blieben, sei es nicht um den Schutz des Staates, sondern um die "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung um ihrer selbst willen - unter welchem System, auch immer" gegangen.<sup>3</sup> Die Parallelen zu 1989 liegen auf der Hand. Binnen kürzester Zeit waren aus Untertanen Revolutionäre geworden und die militärischen, polizeilichen und politischen Formationen des SED-Staates gelähmt, desorientiert und außerstande die herrschenden Machtverhältnisse zu verteidigen.

Die Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik erfolgte mit "unwahrscheinlicher Schnelligkeit; die Schwäche der Monarchie und der geringe Widerstand gegen die republikanischen Kräfte bestimmte das Tempo des Zusammenbruchs und steuerte den Anprall der Volksbewegung in beruhigende Bahnen",<sup>4</sup> so Ulrich Kluge in seiner Untersuchung der Militärpolitik 1918/19. Kluge wendet sich gegen eine Verkürzung der Volksbewegung im November 1918 auf eine "Klassenbewegung" und betont, daß sie "in ihrem Ursprung keine Parteien- und Gewerkschaftsbewegung" war, sondern "vielmehr die Bewegung der Unorganisierten", die sich erst nach Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte an den politischen Parteien zu orientieren begannen. In ihrer Grundorientierung war die Aufstandsbewegung nach Kluge revolutionär in Hinblick auf den Sturz der Monarchie, "darüberhinaus blieb sie in Aktion und Artikulation eine vorsichtige Reformbewegung" gekennzeichnet durch "Mangel an

umfassender politischer Perspektive".<sup>5</sup> Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes kam es erst, als die Fronttruppen nach Deutschland zurückströmten und der Kampf gegen die junge Republik von linksradikalen und reaktionären Kräften entfacht wurde. Was ersteren nicht weit genug ging, ging zweiteren bereits zu weit.

#### *Gründung der Freiheit oder neue Minderheitsherrschaft*

Noskes Erfahrungsbericht trägt den bezeichnenden Titel "Von Kiel bis Kapp". In Abwehr des linken und rechten Putschismus hatte seine Partei in diesen Jahren entscheidenden Anteil an der Entstehung und Verteidigung der Weimarer Republik, die sich schon in ihrer Geburtsstunde der Zwei-Fronten-Konstellation gegenüber sah, der sie am Ende zum Opfer fiel. Von Anfang an hatte sich das neue demokratische Gemeinwesen gegen seine 'geborenen' linken wie rechten Feinde zu erwehren. Noskes Darstellung aus dem Jahre 1920 bietet Einblicke in die politische Ausgangskonstellation der 1933 und 1949 auf unterschiedliche Weise in staatliche Formen gebrachte Antagonismen dieses Jahrhunderts: 1933 in die nationalsozialistische Diktatur, die in Ablehnung des westlichen Demokratiemodells sowie der ebenfalls antidemokratischen bolschewistischen Konkurrenz zur Macht gelangte; 1949 in Form der Gründung zweier gegensätzlich verfaßten Teilstaaten in Deutschland.

Hannah Arendt veröffentlichte 1963 ein Doppelportrait der französischen und amerikanischen Revolution, mit der sie zugleich der kommunistisch verkürzten Revolutionsrezeption wie auch dem "Gedächtnisschwund" der von Revolutionsangst geprägten westlichen Welt eine demokratische Interpretation der Revolutionsgeschichte entgegensetzte. Die Gewinnung der Freiheit und nicht der Vollzug einer historischen Notwendigkeit ist in

<sup>3</sup> Ebenda, S. 85 f.

<sup>4</sup> Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Inaugural - Dissertation, Berlin 1971, S. 214.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 214 f.

Arendts Interpretation die elementare politische Triebkraft der Revolutionen seit 1789.

Die folgenreichste und in der Verwirklichung dieses eigentlichen Zieles erstmals erfolgreiche Revolution war deswegen für sie die "Gründung der Freiheit" als ein bewußter und wohl überlegter Akt, der mit der Konstituierung der Vereinigten Staaten von Amerika in die Welt gebracht wurde. Im Unterschied zur amerikanischen Revolution gingen in Frankreich die Bürger bald nach dem erfolgreichen Umsturz ihrer politischen Freiheiten wieder verlustig und in Rußland wurde die Revolution schon in ihren Anfängen durch Lenins Bolschewiki um die Freiheit betrogen, als bewaffnete Kommunisten die freigewählte Konstituante auseinanderjagten, bevor sie überhaupt ihre verfassungsgebenden Beratungen aufnehmen konnte. Als Niederlage der Revolution interpretierte Arendt folgerichtig die in Frankreich und Rußland nach dem Umsturz als neue Herrschaft etablierten politischen Verhältnisse, die nicht nur keine echte Gründung der Freiheit, sondern nicht einmal eine rechtsstaatlich in ihrer Macht beschränkte Regierung hervorgebracht hatten.<sup>6</sup>

Doch zurück zur deutschen Revolution. Arendts Revolutionsanalyse korrespondiert mit dem eingangs zitierten Erfahrungsbericht Noskes. Sie vertritt die These, "daß Revolutionen nicht möglich" waren, "wo die Autorität des bestehenden Staatswesens einigermaßen intakt" geblieben ist. Es sei "ein Zeichen echter Revolutionen, daß sie in Ihren Anfangsstadien leicht und verhältnismäßig blutlos verlaufen, daß ihnen die Macht gleichsam in den Schoß fällt, und der Grund hierfür liegt darin, daß sie überhaupt nur möglich sind, wo die Macht auf der Straße liegt und die Autorität des be-

stehenden Regime hoffnungslos diskreditiert ist. Revolutionen sind die Folgen des politischen Niedergangs eines Staatswesens, sie sind niemals dessen Ursachen."<sup>7</sup>

Das galt im Oktober/November des Deutschland von 1918 ebenso wie im kommunistisch beherrschten deutschen Teilstaat des Jahres 1989. Und es gibt weitere erstaunliche Parallelen. Obwohl oder vielleicht gerade weil die Revolution, als sie in Kiel ihren ersten Höhepunkt erlebte, unmittelbar mit dem Ende eines bis dahin nicht gekannten Völkerschlachtens begann, lehnten die Führer der Mehrheitssozialdemokratie ebenso wie ihre einfachen Parteigänger in den Arbeiter- und Soldatenräten die Entfesselung eines revolutionären Bürgerkrieges nach russischem Muster ab.

Am 25. November 1918 schrieb Bernhard Rausch, ein an dem Kieler Aufstand beteiligter Sozialdemokrat, "noch nie in der Geschichte ist eine so weithin leuchtende und folgenreiche Umwälzung, wie die durch den Kieler Matrosen-Aufstand bewirkte, so schnell und verhältnismäßig unblutig erfolgt".<sup>8</sup> Rausch kritisierte in seinem durchaus revolutionseuphorischen Text entschieden jegliche Orientierung an dem bolschewistischen Revolutionsmodell. "Ebensowenig wie Staatsformen" ließen sich "Revolutionsmethoden willkürlich von einem Land auf das andere übertragen". Der deutsche Sozialismus habe "es von jeher abgelehnt, im industriellen Deutschland mit denselben Waffen zu kämpfen, die der feudale Boden Rußlands brauchte, wo der blutige Terror einer Minderheit nur durch den blutigeren einer anderen abgelöst werden kann."<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Ebenda, S. 148.

<sup>8</sup> Rausch, Bernhard: Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung, Kiel 1918, S. 6. (geschrieben 25. November 1918)

<sup>9</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>6</sup> Vgl. Arendt, Hannah: Über die Revolution, München 1965, zitiert nach Neuauflage 1974, S. 281.

Zwischen den normalen sozialdemokratischen Parteimitglieder und ihrer Führung bestand demnach Übereinstimmung, was die Ablehnung des russischen Wegs betraf. Es war nicht die Verführung durch das demagogische Talent Gustav Noskes, das den tosenden Beifall hervorrief, den er einen Tag vor seiner Reise nach Kiel, am 3. November 1918, auf einer großen Versammlung in Braunschweig ertete, als er weitergehende Reformen forderte und sich zugleich gegen eine gewaltsame Revolution wandte, die, wie er sagte, "dem deutschen Volke zu dem schon erlittenen Unglück noch weiteres Unheil bringen würde". Die Sozialdemokratie wolle, erklärte Noske in diesem Zusammenhang, die "Revolutionierung der Köpfe", um auf diesem Wege "politische und wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen."<sup>10</sup> Die Vorstellung, durch eine friedlichen Revolution ein autokratisches Regime überwinden zu können ist hierzulande also keineswegs traditionslos. Sie widerspricht allerdings den überkommenen neulinken Revolutionserwartungen und -legenden, die seit den 60er Jahren den Siegeszug des Neomarxismus begleiteten.

#### *Mißachtung des Weltgeistes*

Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise der westdeutsch und links sozialisierten Zeitgenossen verspürten offenbar nicht zuletzt deswegen ein unbestimmtes Unbehagen gegenüber der friedlichen Revolution in der DDR, weil sie über viele Jahre gerade gegen die Verhältnisse anzuleben versuchten, die - 40 Jahre nach der formellen Gründung der Freiheit in Westdeutschland - durch die Umwälzung von 1989 eine tiefgehende Bestätigung erfahren haben. Die Bürger der DDR entschieden sich in ihrer großen Mehrheit für die Vollendung der friedlichen Revolution durch die Übernahme des westlichen Demokratiemodells. Wenn heute dieser Entscheidung allerhand

vordergründige Motive unterstellt werden, mag das seine Gründe eher in der andersgelagerten politischen Sentimentalität der Kritiker haben, als in einer vorbehaltlosen Betrachtung der Ursachen und Bedingungen für das erdrutschartige Verschwinden des sowjetischen Imperiums. Denn mit dem Ende der "sozialistischen Übergangsgesellschaften" gingen viele auch des unbestimmten Gefühls verlustig, es besser zu wissen und um der Notwendigkeit Willen, gegenüber der schlechten Realität das "Prinzip Hoffnung" für den "wissenschaftlich" und "philosophisch" ausgewiesenen Weg in die richtige Zukunft in der Verantwortung zu halten. Die "Erniedrigten und Beleidigten" haben die Wegweiser des Weltgeistes mißachtet und den Übergang nach Westeuropa gewählt.

Vom Zusammenbruch wurde 1918 und 1945 vorwiegend von jenen gesprochen, die an der Überwindung der Ancien régime keinen Anteil hatten und vielfach auch im Nachhinein nicht haben wollten. Es bedarf zur Überwindung eines selbst noch so heruntergewirtschafteten Regimes des aktiven Handelns von "historischen Subjekten". Es kann - wie des öfteren geschehen - schon eine kleine zur Veränderung entschlossene politische oder militärische Formation genügen, die als Minderheit die Macht zu ergreifen vermag, um sich als neue Herrschaftselite über das Volk zu inthronisieren. Zur Etablierung des Volkes als Souverän, zur Gründung der Freiheit bedarf es hingegen der "Gründung eines neuen politischen Raumes", der es zuläßt, daß in freier Entscheidung über die politische Zukunft des Gemeinwesens befunden werden kann. Das geschah in den Umbruchmonaten von 1989/90 in der DDR, als unzählige Bürger ihre besondere Freiheitserfahrung gemacht und erlebten haben, wie sich "die öffentliche Tugend mit öffentlichem Glück untrennbar verband. Aus dieser aktiven Teilhabe an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten er-

<sup>10</sup> Noske, a.a.O., S. 12.

wuchs ein bis dahin nicht gekanntes politisches Selbstbewußtsein, ein öffentlicher Geist."<sup>11</sup>

Es traten im Zuge der Revolution in der DDR keine Putschisten und Hasardeure auf den Plan. Rumänien und Rußland dürfen als Beispiele dafür gelten, wie der Umwälzungsprozeß unter konterrevolutionäres Sperrfeuer geraten konnte und zeitweise unfriedliche Formen annahm. Die linke Variante der "Dolchstoßlegende" wird lediglich von Sektierern aus den alten SED-Eliten, einigen wenigen ehrenhaften Anarchisten aus der ehemaligen DDR-Opposition sowie einschlägigen Verschwörungstheoretikern vertreten.<sup>12</sup> Wohl gibt es mit der PDS eine Partei, in der viele ihre Heimat haben, denen das untergegangene System herzlich näher steht als die von der Mehrheit gewählten Verhältnisse. Doch selbst diese entwurzelten Vertreter des "besseren Deutschland" beginnen sich inzwischen mit dem schlechteren Deutschland zu arrangieren und wollen ihren Honig nicht wieder haben. Das rasche Verschwinden des neuen öffentlichen Geistes von den Straßen und Plätzen nach der Wiedervereinigung mag daran liegen, daß das bundesdeutsche Parteiensystem wenig Raum für unabhängiges Bürgerhandeln bietet. Manche Ernüchterung der in der Bundesrepublik angekommenen DDR-Bürger kann so begründet werden, manch

andere im endlich möglichen Erleben einer weitgehend vormundlosen Existenz, keinesfalls aber kann die rasche Entpolitisierung nach dem erfolgten Sturz des Regimes für eine Expost-Konstruktion einer Revolution ohne Revolutionäre beansprucht werden.

Es waren nun einmal weder Berufspolitiker noch Berufsrevolutionäre, sondern sozialwissenschaftlich unverbildete normale Frauen und Männer, die durch naives und vom gesunden Menschenverstand geleitetes öffentliches Handeln, in kürzester Zeit erreichten, was keiner der mehr oder weniger namhaften westdeutschen Politologen für möglich gehalten hatte. Besonders schwer fällt vielen Vor- und Nach 68ern im akademischen Betrieb die Einsicht, daß - dummerweise auch noch mit umgekehrtem Ergebnis - dem gemeinen Volk ohne ihre schlaun Ratschläge gelungen sein soll, wofür sie selbst recht lange vergeblich ihre Studienzzeit verschwendet haben.

Frau Meier aus Leipzig sah weder vor noch nach 1989 wie eine jener jungen bewaffneten Sandinistinnen aus, mit deren Poster westdeutsche Universitätswände fingerdick zugekleistert waren. Frau Meier hat aber trotzdem aktiv an einer Revolution mitten in Deutschland teilgenommen. Was sie dabei 1989 gemeinsam mit hunderttausenden ihrer Landsleute erlebt und gelebt hat, werden weder die von Phantomschmerzen geplagten westlichen Sozialwissenschaftler aus der Geschichte hinausimaginieren können noch die Ritter von der traurigen Gestalt, die das "revolutionäre Subjekt" mit der Elle ihrer gescheiterten Utopien vermessen wollen. Die friedliche Revolution von 1989 entsprach keinem der Revolutionsmodelle, die an westdeutschen Universitäten gelehrt wurden, in ihrem Verlauf nicht, von ihrem Ergebnis her nicht und schon gar nicht, was das Bewußtsein der entscheidend daran beteiligten Menschen betrifft. Das was geschehen ist, paßte nicht in das zäh erarbeitete Kategoriensystem

<sup>11</sup> So Bernward Baule in seinem beeindruckenden Essay: Freiheit und Revolution. Die Bedeutung von 1989 für die Berliner Republik, in: Ders. (Hrsg): Hanna Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinte Deutschland, Berlin 1996, S. 93.

<sup>12</sup> Vgl. dazu u.a. Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989, Berlin 1992, S. 365. Rüddenklau sieht "viele Indizien" dafür, daß lange vor 1989 "eine mächtige Koalition von Kräften auf die Übergabe der DDR hinarbeitete" und "diese Entwicklung seit Jahren vom Chef der DDR-Hauptabteilung Aufklärung, Markus Wolf, vorbereitet wurde".

und so kann es kaum verwundern, wenn in nachholende Revolutionskritik ein dissonanter Chorgesang das Liedchen vom "Anschluß", der "Implosion", dem "Zusammenbruch" oder der "Wende" ertönen läßt.

Bernward Baule setzt sich in seinem weiter oben zitierten Essay "Freiheit und Revolution" mit verschiedenen Positionen auseinander, die den "revolutionären Charakter der Ereignisse von 1989/90" vehement bestreiten.<sup>13</sup> Baule hält dem entgegen, daß sich damals die Menschen in den Straßen und auf den Plätzen der DDR, obgleich sie über keine ausgearbeitetes politisches Programm verfügten, "innerhalb der spontan induzierten Ereignisse" des revolutionären Prozesses ihrer "ungewohnten Mächtigkeit" bewußt wurden. Buchstäblich learning by doing machten sie "die Erfahrung, einen Anfang setzen zu können (...), um etwas Neues, den Freiheitsraum des Politischen, zu schaffen und partizipativ zu gestalten".<sup>14</sup> Es war eine lange angestaute Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung,<sup>15</sup> die im Sommer/Herbst 1989 öffentlich zur Sprache kam und sich bald in elementaren Freiheits- und Menschenrechtsforderungen nach Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, nach demokratischen Wahlen, Parteienpluralismus, Rechtssicherheit etc.pp. niederschlug. Zu einer kontroversen Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution von 1918 kam es seinerzeit gleichfalls nur wenige Jahre nach dem Ereignis. Sie drehte sich um die Frage, ob das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" durch Verrat und

Verschwörung hinterrücks aufs Kreuz gelegt wurde. Auf der einen Seite standen die Gegner der "Dolchstoßlüge", die darauf beharrten, daß die "Revolution aus den inneren Verhältnissen eines Landes und Volkes heraus entstehen" konnte,<sup>16</sup> auf der Gegenseite die Dolchstoßverfechter mit der These, daß die Angelegenheit von einer subversiven Minderheit arrangiert wurde. Sie behaupteten, es habe sich "im Verhältnis zu der Gesamtstärke" der Kriegsflotte "nur ein kleiner Teil aktiv an den Unruhen beteiligt" und es seien nur "wenige Wortführer (...) in vollem Umfange Träger" der revolutionären Anschauungen gewesen seien.<sup>17</sup> Die auf linke Weise obrigkeitstaatlich und gefolgschaftlich orientierte Geschichtsschreibung der DDR bestätigte das auf ihre Art. Fregattenkapitän Rosentreter von der DDR-Volksmarine, schrieb 1988, daß die Revolution durch "zielgerichtete illegale Arbeit" vorbereitet worden und angeblich auch durch "das sorgfältige Beobachten und Auswertung der russischen Beispiele" geprägt gewesen sei.<sup>18</sup> Auch außerhalb der Volksmarine haben sich solch leninistische Märchen tief in das

<sup>13</sup> Ebenda, S. 83. Vgl. auch Ders.: Ambivalenzen des Fortschritts, in: Baule, Bernward/ Süsmuth, Rita (Hrsg): Eine Deutsche Zwischenbilanz. Standpunkte zum Umgang mit unserer Vergangenheit, München/Landsberg am Lech 1997.

<sup>14</sup> Baule, a.a.O., S. 86.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu Stadt, Jochen: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR, Berlin 1966.

<sup>16</sup> Vgl. u.a. Dittmann, Wilhelm: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Berlin 1926, S.4.

<sup>17</sup> Vgl. u.a. Kutscher, Hans: Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte, Stuttgart 1933, S. 76.

<sup>18</sup> Rosentreter, Robert: Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin 1988. Für Rosentreter steht außer Frage, daß die Errichtung einer sozialistischen Diktatur, wie sie die DDR repräsentierte, das Ziel der revolutionären Matrosen gewesen sei: "Einige der revolutionären Matrosen hatten das Glück, die Erfüllung ihres Wirkens und Strebens in der Deutschen Demokratischen Republik noch zu erleben, den deutschen Staat der Arbeiter und Bauern mit zu errichten". Unter den Namen, die Rosentreter danach würdigend aufzählt, fehlt der in der DDR wohl wirkungsmächtigste ehemalige Aktivist des Kieler Matrosenaufstandes: Ernst Wollweber, Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit 1953 bis 1957.

revolutionsromantische Denken der deutschen Linken eingefressen, Spurenelemente davon tauchen bis heute in verschiedenen Maßstabskonstruktionen wieder auf.

### *Linker Salat*

Nebenbei bemerkt konnte bislang keine Revolution in Deutschland die Wunschvorstellungen ihrer linken Begutachter erfüllen. Karl Marx, Friedrich Engels und ihre politischen Freunde legten dazu den Grundstein, als sie den Versuch einer verfassungsgebenden Versammlung in der Frankfurt Paulskirche mit Hohn und Spott übergossen. Engels titulierte 1849 die 1830er Bewegung als "Phrasen- und Advokatenkonstitutionalismus" und polemisierte gegen die "Kleinbürger", die in der "Reichsverfassungskampagne" nicht den Boden des "friedlichen und tugendhaften Kampfes verlassen und statt der sogenannten Waffen des Geistes die Musketen und den Pflasterstein ergriffen haben".<sup>19</sup> Engels vertrat in diesem stilistischen Meisterwerk, das - nebenbei bemerkt - nicht nur für Rheinpfälzer, Badenser und Württemberger eine munter zu lesende Geschichte der lokalpatriotischen Aufstände ihrer Vorfahren erzählt, bereits apodiktisch die Auffassung, die Revolution könne "in Deutschland nicht eher mehr abgeschlossen werden als mit der vollständigen Herrschaft des Proletariats".<sup>20</sup> Allerdings hatte er dabei nicht die realen deutschen Arbeiter im Blick, die "in der Wirklichkeit mit unterschiedlichsten Interessen und politischen Überzeugungen existierten," sondern das abstrakte Proletariat, wie es "gemäß ihren geschichtsphilosophischen Überzeugungen sein oder sich entwickeln" sollte.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, geschrieben 1849 u. 1850, zitiert nach MEW Bd. 7, Berlin 1969 S. 112.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 196.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Scharer, Manfred: Arbeiter und die Idee von den Arbeitern 1848 bis 1869, Köln 1990, S. 23 u. 50 ff. Scharer weist dar-

Deutlicher als Engels hat Freund Marx in der nahezu zeitgleich zur "Reichsverfassungskampagne" verfaßten Analyse über "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", die "Permanenzklärung der Revolution" und die "Klassendiktatur des Proletariats" zur Notwendigkeit erklärt.<sup>22</sup> Da hatte man ihn also bereits, den linken Salat. Die Beschwörung eines idealistischen historischen Subjektes und die Verachtung des "wissenschaftlichen Kommunismus" gegenüber dem ersten gescheiterten Versuch, eine demokratische Republik in Deutschland zu etablieren, wurde danach von Generationen linker Denker und Praktiker, mit der Muttermilch des "historischen Materialismus" eingesogen und repetiert. Liberale Demokraten waren bestenfalls gutmeinende Trottel, das eigentliche Ereignis, auf das die Geschichte gesetzmäßig hin strömte, mußte die fundamentale, die soziale Revolution sein. Das war die Sprunghöhe, auf die sich der reale Gang der Geschichte hochschrauben sollte.

In den traditionslinken Theorien blieben folgerichtig die Revolutionen sowohl von 1948 als auch von 1918 Fehlversuche. 1848 handelte es sich aus dieser Sicht nicht nur um einen gescheiterten, sondern zudem auch keinen sozialen Revolutionsversuch. 1918 stand zwar die soziale Revolution auf der Tagesordnung, die ersten Ansätze dazu wurden aber nach dieser Lesart durch eine imperialistisch korrumpierte Sozialdemokratie zugunsten einer bürgerlichen Demo-

---

auf hin, daß Marx und Engels in der "Neuen Rheinischen Zeitung" keinen Finger rührten, um die Entstehung und Entwicklung der ersten selbständigen nationalen Arbeiterorganisation, der "Arbeiter-Verbrüderung", zu unterstützen. "In der gesamten Zeitung" finde sich "nicht ein Kommentar zur wirklichen sozialen Klassenbewegung der Arbeiter, zu ihren politischen Forderungen und ganz geschweige zu ihren Lohn- und Arbeitskämpfen".

<sup>22</sup> Vgl. Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, geschrieben 1850, MEW, a.a.O., S. 89.

kratie kanalisiert. Auf dem "richtigen" Gleis stand ein verplombter Zug, dessen Abteile leer blieben, weil die deutsche Arbeiterklasse die russischen Fahrkarten für eine Reise nach Nirgendwo nicht einlösen wollte.

Die deutsche Linke links von der Sozialdemokratie versuchte, sich seither stets einen Reim darauf zu machen, warum die Arbeiterklasse und das Volk, statt zur sozialen Revolution zu schreiten, immer wieder und mit beachtlicher Sturheit das "falsche Bewußtsein" wählten. Legionen von linken Ökonomen, Historikern, Soziologen, Psychologen, Politologen und sonstige Möchte-gern-Pathologen des westlichen Kapitalismus haben einen Gutteil ihrer Lebensarbeitszeit darauf verwandt, die permanente konterrevolutionäre Gesinnung des deutschen Menschen aus dem besonderen historischen Geworfensein dieser mitteleuropäischen Wesen in einen geopolitischen Raum und aus der deutschen Ideologie abzuleiten.

Da die Entsorgung ihres Theorieschrotts deutschen Linken noch größere Schwierigkeiten bereitet, als mit dem Rauchen aufzuhören, hält sich bis heute mit großer Zählebigkeit das gemeine Geschichtsbild, 1918/19 habe eine systemstabilisierende Sozialdemokratie im Bündnis mit dem preußischen Militarismus, die Revolution um ihren Sieg und Revolutionäre um ihr Leben gebracht. Es sollte doch eigentlich nach dem gegebenen Kenntnisstand über die Realgeschichte so langsam dämmern, daß - im Unterschied zu den rechten Antirepublikanern - auch linke Waffenträger, die das Land in eine linke Diktatur putzen wollten, nicht länger mit positiver Aura ausgestattet sind, während jene, die sich mit Herz und Kopf für die demokratische Republik eingesetzt haben, als fade Kompromißler oder "Bluthunde" durch die Geschichte geistern.

*Ende gut?*

Da 1989 glücklicherweise kein Blut geflossen ist - den Bürgerrechtlern, den übrigen auf beiden Seiten beteiligten DDR-Bürgern und nicht zuletzt den sowjetischen Streitkräften zur Ehre - gibt es nun auch keine Frage, wer der Bluthund war. Die friedliche Revolution in der DDR kann für sich beanspruchen in einer Tradition zu stehen, auf die Hannah Arendt in ihrem Buch "über die Revolution" mit kritischer Zuversicht zurückblickte. Den von ihr konstatierten Verlust von Erfahrung des Neubeginns, der die ihm angemessene Institution nicht fand, gibt es in Ostdeutschland ohne Zweifel.<sup>23</sup> Ihm zu begegnen, schrieb Arendt in ihrem letzten Kapitel, bedeute immer wieder "durch Erinnern und DemGeschehen-Nachdenken zu verhindern, daß dieser Verlust endgültig werde".<sup>24</sup> Deswegen macht es Sinn, sich ins Gedächtnis zu rufen, wie im Sommer 1989 das Ende der DDR in Ungarn seinen Anfang fand, als nicht nur Ostdeutschland einen Neubeginn ungeahnten Ausmaßes erlebte. Das war keine deutsche Angelegenheit. Die politische Landkarte Europas hat sich grundlegend verändert. Die osteuropäischen Revolutionen, deren erste Impulse sich bis in die 70er Jahre in die CSSR und nach Polen zurückverfolgen lassen sind noch kein abgeschlossener Prozeß. Es müssen sich erst die europäischen Institutionen herausbilden, die dieser Entwicklung angemessen sind. Noch besteht eine gewisse Chance, daß dabei auch die "Erfahrung des Neubeginns" von 1989 ihren politischen Ort finden wird.

### Literatur

Arendt, Hannah: Über die Revolution, München 1965

<sup>23</sup> Vgl. die Untersuchung von Opp, Karl-Dieter: Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende, Opladen 1997, insbesondere S. 210 ff.

<sup>24</sup> Arendt, a.a.O., S. 360.

- Baule, Bernward (Hrsg): Hanna Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinte Deutschland, Berlin 1996
- Ders./Süssmuth, Rita (Hrsg): Eine Deutsche Zwischenbilanz. Standpunkte zum Umgang mit unserer Vergangenheit, München/Landsberg am Lech 1997
- Dittmann, Wilhelm: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Berlin 1926
- Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, geschrieben 1849 u. 1850. MEW Bd. 7
- Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution. Frankfurt/Main 1990
- Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Inaugural - Dissertation, Berlin 1971
- Kutscher, Hans: Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte, Stuttgart 1933
- Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, geschrieben 1850. MEW Bd. 7
- Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920
- Opp, Karl-Dieter: Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende, Opladen 1997
- Rausch, Bernhard: Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung, Kiel 1918
- Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989, Berlin 1992
- Scharrer, Manfred: Arbeiter und die Idee von den Arbeitern 1848 bis 1869, Köln 1990
- Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918, Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981